

Abwassergebühren

- Entscheidung über den Ausgleich der Kostenunterdeckung zum 31.12.2006

Beschluss: (19:14 Stimmen, 2 Enthaltungen)

- 1. Die verbleibende Kostenunterdeckung aus dem Wirtschaftsjahr 2003 in Höhe von 412.975 €, die Unterdeckung 2004 mit 379.193 €, die Unterdeckung 2005 mit 172.395 € und die Unterdeckung 2006 mit 5.766 € werden durch städtische Haushaltsmittel 2007 in Höhe von 970.329 € ausgeglichen.**
- 2. Der Ermittlung der Kostenunterdeckung 2006 sowie des Nachweises über den Ausgleich wird zugestimmt.**
- 3. Die überplanmäßige Ausgabe bei der Hhst. 1.0300.715000 (Zuschüsse an öffentlich wirtschaftliche Unternehmen) in Höhe von 970.329 € wird durch Minderausgaben bei der Hhst. 1.9000.832000 (Landkreisumlage) gedeckt.**

- - -

Die Verwaltung teilte hierzu mit:

Gemäß § 14 Abs. 2 Kommunalabgabengesetz (KAG) können bei der Gebührenbemessung die Gesamtkosten in einem bis zu fünfjährigen Zeitraum berücksichtigt werden. Für die verbleibende Kostenunterdeckung aus dem Wirtschaftsjahr 2003 mit 412.975 € endet dieser Zeitraum in 2008. Danach wäre ein Ausgleich der Unterdeckung durch eine Gebührenanpassung nicht mehr möglich. Die Folge wäre wegen Verstreichens der Fünfjahresfrist ein Ausgleich durch städtische Haushaltsmittel.

Der Gesetzgeber gibt lediglich zwei Möglichkeiten zur Auswahl vor, nämlich

1. Ausgleich durch Gebührenanpassung
2. Ausgleich durch städtische Haushaltsmittel.

Die Verwaltung schlägt den Ausgleich durch eine Anpassung der Gebühren zum 01.01.2008 vor. Eine erneute Subventionierung der Abwassergebühren durch Haushaltsmittel der Stadt Ettlingen hält die Verwaltung für nicht zweckmäßig. Dadurch wird eine unterjährige Erhöhung mit den zeitaufwendigen Verbrauchsabgrenzungen vermieden.

Nach einer Berechnung auf Basis der Zahlen des Wirtschaftsplans 2008 ist zum Ausgleich der Kostenunterdeckung von 412.975 € mit einem Anstieg der Gebühren um ca. 0,25 €/cbm zu rechnen. Bei gleich bleibenden Rahmendaten sollte diese Gebührenanpassung 2008 auch für die Jahre 2009 und 2010 ausreichende Überschüsse erwirtschaften können, um die in diese Kalkulation einzustellenden Unterdeckungen auszugleichen.

Durch diese Anpassung wären die Verluste 2003 bis 2006 bis zum Jahre 2010 ausgeglichen.

Zum besseren Verständnis werden die Kostenunterdeckungen und die Ausgleichsfristen wie folgt dargestellt:

| | | |
|--------|------------------|--------------------------------------|
| 2002 = | 455.603 € | in 2007 |
| | <u>455.603 €</u> | Verzicht durch GR-Beschluss 10.10.07 |
| | 0 € | |
| 2003 = | 1.462.444 € | in 2008 |
| | 1.000.000 € | Zuschuss durch GR-Beschluss 20.12.06 |
| | <u>49.469 €</u> | Verzicht durch GR-Beschluss 10.10.07 |
| | 412.975 € | |
| 2004 = | 379.193 € | in 2009 |
| 2005 = | 172.395 € | in 2010 |
| 2006 = | 5.766 € | in 2011 |

Nur durch einen Beschluss des Gemeinderates, die Unterdeckungen in die entsprechenden Gebührenkalkulationen einzustellen, erhält die Verwaltung die Möglichkeit, die Ausgleiche vom Gebührenzahler zu erhalten. Anderenfalls muss der städtische Haushalt in den angezeigten Jahren Mittel zum Ausgleich bereitstellen.

Abschließend wird noch auf die Auswirkungen bei weiter sinkenden Einleitungsmengen hingewiesen. Die möglichen Gründe hierfür sind hinreichend bekannt.

An folgenden Szenarien werden die möglichen Auswirkungen aufgezeigt:

| | | Szenario 1 (./ 300.000 cbm) | Szenario 2 (./ 600.000 cbm) |
|-------------------------|------------------|--------------------------------|--------------------------------|
| | Kalkulation 2008 | | |
| Gebührenbedarf | 4.976.870 € | 4.976.870 € | 4.976.870 € |
| Einleitungsmenge | 3.100.000 cbm | 2.800.000 cbm | 2.500.000 cbm |
| Basisgebühr | 1,69 € | 1,77 € | 1,99 € |
| + Verlustausgleich 2003 | 0,13 € | 0,15 € | 0,17 € |
| + Degressionsausgleich | 0,21 € | 0,14 € | 0,01 € |
| | 1,94 € | 2,06 € | 2,17 € |

Bei Szenario 2 wurde unterstellt, dass kein Einleiter die geforderten Mengen der Rabattstufe 2 erfüllen kann.

Diese mögliche Entwicklung sollte dazu führen, das Problem der Kostenunterdeckungen aus Vorjahren sofort zu lösen bevor weitere Problemlösungen zur Entscheidung anstehen.

- - -

Eine Vorberatung der Angelegenheit fand in der nichtöffentlichen Sitzung des Betriebsausschusses am 05.12.2007 statt. Auf die Erläuterungen zu dieser Sitzung, die allen Mitgliedern des Gemeinderates zugingen, wird hingewiesen. Der Betriebsausschuss hat - entgegen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung - folgende Empfehlung beschlossen:

1. Die verbleibenden Kostenunterdeckungen aus den Wirtschaftsjahren 2003 (412.975,00 €), 2004 (379.193,00 €), 2005 (172.395,00 €) und 2006 (5.765,50 €) werden über Mittel

aus dem städtischen Haushaltsplan 2007 ausgeglichen.

2. Eine Gebührenerhöhung erfolgt nicht.

Die Verwaltung hat daraufhin den Beschlussvorschlag entsprechend geändert.

- - -

Stadtrat Heiser erläutert, dass das zuverlässige Arbeiten des Abwasserverbandes durch diesen Bericht aufgezeigt werden würde. Er begrüßt den Zuschuss von 1 Mio. € aus dem städtischen Haushalt an den Abwasserverband, um dessen Verluste auszugleichen. Er berichtet, dass für den derzeitigen Schuldenstand in Höhe von 33 Mio. € 1,4 Mio. € jährlich vom Eigenbetrieb für die Zinsbelastung erwirtschaftet werden müssten. Er vertritt die Auffassung, dass der Verlustausgleich nicht durch Gebührenerhöhungen gedeckt werden dürfe, da die Bürger genug belastet seien. Er stimmt für die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zu.

Stadtrat Rebmann bedankt sich bei der Kämmerei und dem Abwasserbetrieb für die vorgelegten Berichte. Er erläutert, dass die FE-Fraktion ursprünglich beantragt habe, 3 Mio. € auf den Eigenbetrieb zu übertragen. 2 Mio. € hätten aus den unerwartet hohen Steuereinnahmen und 1 Mio. € aus der eingesparten verminderten Kreisumlage genommen werden können. Nach den Zahlen der letzten Woche, schlage die FE-Fraktion jedoch vor, insgesamt 2 Mio. € auf den Abwasserverband zu übertragen: 1 Mio. € könnten weiterhin durch die gesparte Kreisumlage und 1 Mio. € ohne weitere Probleme aus dem städtischen Haushalt entnommen werden. Er betont, dass die Bürger so eine Gebührensicherheit für die nächsten vier bis fünf Jahre hätten. Er gibt zu bedenken, dass die Erhöhung der Abwassergebühren möglich sei, jedoch eine Familie mit Kindern ca. 50 bis 60 € mehr im Jahr bezahlen müsse. Er verweist auf den Vorschlag der letzten Woche, die Niederschlagswassergebühr und Oberflächenversiegelungsgebühr einzuführen, was seiner Auffassung nach jedoch wenig Sinn mache, da man bei der gesamten Abwassergebühr nur einen Spielraum von 20 % habe, der beeinflussbar sei. Er stellt den Antrag, dem Abwasserverband eine weitere Mio. € zu übertragen.

Stadtrat Hadasch bedankt sich ebenso bei Herrn Hoeffgen und seinem Team für die geleistete Arbeit. Er betont, dass die Zahlen im Jahr 2006 und der Jahresgewinn eine einmalige Situation gewesen sei. Er erläutert, dass durch den Übertrag von Mitteln für eine Betragsstabilität, das ursprüngliche Problem nicht behoben werden würde und es seiner Meinung nach nicht sinnvoll sei, so eine Gebührenerhöhung zu umgehen. Er weist darauf hin, dass man beispielsweise ein Darlehen bis Ende des Jahres 2009 mit 567.738 € habe und sich mit Beginn 2008 hieraus ein Zins von 22.750 € und ein Tilgungsanteil von 284.074 € ergebe. Seiner Auffassung nach sollte dieses Darlehen abgelöst werden, sodass der Haushalt des Abwasserbetriebes ab dem Jahr 2008 über 300.000 € entlastet werden würde. Er stellt klar, dass das grundsätzliche Problem, nämlich die Schuldenlasten, zurückgefahren werden müssten. Er erläutert, dass durch den Übertrag für die Beitragsstabilität die Problematik nur in die Zukunft verschoben werden würde. Er verweist auf die derzeitige Gebührensituation und dass man derzeit das Problem habe, dass derjenige der mehr einleite, weniger zahle, als der, der wenig verbräuche. Er stellt daher den Antrag zu Tagesordnungspunkt 14, dem Abwasserverband 1 Mio. € für den Schuldenabbau zu übertragen.

Stadträtin Saebel lässt wissen, dass der Verbraucher nur kurzfristig entlastet werden würde, wenn man heute beschließe, dem Abwasserverband 1 Mio. € zu übertragen. Sie erklärt, dass sie daher Tagesordnungspunkt 14 ablehne und Tagesordnungspunkt 13 den Ziffern 1 bis 5 außer Ziffer 2 zustimmen werde. Sie vertritt die Auffassung, dass die derzeitige Abwassergebühr eine verdeckte Wirtschaftsförderung sei, da ein Drittel den Unternehmen zu Gute kommen würde. Sie stellt klar, dass sie damit einverstanden wäre, 1 Mio. € dem Abwasserverband für den Schuldenabbau zur Verfügung zu stellen. Sie fügt hinzu, dass sie eine Gebührensplitting begrüßen würde, dies jedoch nicht Thema des heutigen Tagesordnungspunktes sei.

Stadträtin Zeh erläutert, dass sie sich den Ausführungen von Stadträtin Saebel anschließe und bei Tagesordnungspunkt 13 nur Beschlussziffer 1 zustimmen könne. Sie lässt wissen, dass der Abwasserverband Schulden habe, die durch die Abwasserentsorgung entstanden seien und nach dem Verursacherprinzip die Schulden auf die Verbraucher umgelegt werden sollten und hierfür nicht 1 Mio. € übertragen werden dürften. Auch sie bedauert, dass die Großeinleiter bis zu 30 % Rabatt erhalten würden. Sie weist darauf hin, dass die Verwaltung in ihrer ursprünglichen Vorlage vorgeschlagen habe, die Abwassergebühr um 25 % zu erhöhen. Sie stellt den Antrag, eine Gebührenerhöhung von 30 Cent pro m³ zu beschließen, damit die laufenden Kosten gedeckt und gleichzeitig die Schulden abgebaut werden könnten.

Stadtrat Künzel stellt den Antrag, die Abwassergebühr um 25 Cent zu erhöhen und schließt sich den Ausführungen von Stadtrat Hadasch an. Er stimmt für die FDP dem Beschlussvorschlag zu.

Oberbürgermeisterin Büssemaker weist darauf hin, dass die ursprüngliche Vorlage der Verwaltung damals eine Gebührenerhöhung vorgesehen habe und sie sich daher bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 enthalten werde. Sie vertritt die Auffassung, dass der Sinn und Zweck eines Eigenbetriebes hinterfragt werden müsse, wenn nun eine weitere Mio. € dem Eigenbetrieb übertragen werden würden. Sie stimmt der Aussage von Stadtrat Heiser zu, dass der Bürger erst einmal entlastet sei, für sie jedoch der jetzige Zeitpunkt falsch sei, 1 Mio. € für den Schuldenabbau zu übertragen.

Stadtrat Rebmann berichtet, dass sich die FE-Fraktion Gedanken darüber gemacht habe, ob eine weitere Mio. € in den Erfolgs- oder Vermögensplan des Eigenbetriebs übertragen werden solle. Er fügt hinzu, dass im Vermögensplan das Geld verzinst werden würde und diese Zinsen wiederum vom Abwasser an den städtischen Haushalt bezahlt werden müssten. Er betont, dass weiterhin die Abschreibungen beachtet werden müssten, da der Haushalt des Eigenbetriebes in Doppik und nicht in Kameralistik geführt werden würde. Er weist ebenso darauf hin, dass die Gebührenerhebungen grundsätzlich nicht immer kostendeckend sein, wie beispielsweise auch beim Friedhof. Seiner Meinung nach sei der Bereich Abwasser eine Aufgabe der kommunalen Daseinsfürsorge und eine degressive Gebührenordnung würde keinen Sinn machen, da der erste m³ der teuerste sei.

Stadtrat Worms schließt sich den Gedanken der Oberbürgermeisterin an, den Haushalt des Abwasserbetriebes wieder in den städtischen Haushalt zu integrieren und so dann auch keine Schulden mehr ausgewiesen werden würden. Er fügt hinzu, dass man nach dem Verursacherprinzip gehe, die Gebühren bzw. Eintritte bei den Hallenbädern etc. ebenfalls erhöht werden müssten. Er betont, dass die Gewerbetreibenden nicht die Feinde der Stadtverwaltung seien, da bereits mehrfach die Idee aufgekommen sei, die Abwassergebühr zu splitten. Er vertritt den Standpunkt, dass nur mit einer Mittelübertragung die Schulden beim Abwasserverband abgebaut werden könnten.

Stadtrat Dr. Ditzinger erklärt, dass der Eigenbetrieb willentlich ausgegliedert worden sei und man sich so einen zweiten Geldbeutel angeschafft habe: Der Eine sei der städtische Haushalt, der Andere der Haushalt des Abwasserbetriebes. Seiner Meinung nach laufe der Haushalt der Stadt über und der Haushalt des Eigenbetriebes sei leer, sodass nur der Übertrag von Mitteln richtig sei und eine Gebührenerhöhung der falsche Weg wäre.

Oberbürgermeisterin Büssemaker weist darauf hin, dass willentlich beispielsweise auch die Schwimmbäder ausgegliedert worden seien.

Stadträtin Zeh lässt wissen, dass sie dann beantragen würde, 1 Mio. € an die Stadtwerke zu übertragen. Sie betont nochmals, dass die Schulden durch Maßnahmen der Abwasserbeseitigung entstanden seien und daher auf die Verursacher umgelegt werden müssten.

Stadträtin Saebel lässt wissen, dass sie der Aussage von Stadträtin Zeh zustimme.

Stadträtin Nickel stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Ende der Debatte und Abstimmung.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker stellt fest, dass es hierzu keine Gegenrede gibt.

Der Gemeinderat stimmt dem Geschäftsordnungsantrag mit 25:4 Stimmen (6 Enthaltungen) zu.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker erklärt, dass sie folgende Anträge vorliegen habe:

5. Antrag von Stadtrat Rebmann, dem Eigenbetrieb eine weitere Mio. € zu übertragen.
6. Antrag von Stadtrat Hadasch, 1 Mio. € zur Schuldentilgung dem Eigenbetrieb zu übertragen und die Gebühren um 25 Cent zu erhöhen.
7. Antrag der Freien Wähler auf eine Gebührenerhöhung von 30 Cent.
8. Antrag von Stadtrat Künzel, die Gebühr die ursprünglich vorgesehen war, um 25 Cent zu erhöhen.

Oberbürgermeisterin Büsse-maker informiert, dass sie nun, über die einzelnen Tagesordnungspunkte und Anträge abstimmen lassen werde. Sie fügt hinzu, dass Beschlussziffer 2 beim Tagesordnungspunkt 13 konkludent mit Tagesordnungspunkt 14 sei.

Ohne weitere Aussprache wird Beschlussziffer 1 bei Tagesordnungspunkt 13 einstimmig beschlossen.

Der Gemeinderat beschließt Beschlussziffer 3 mit 33:0 Stimmen (2 Enthaltungen), Beschlussziffer 4 mit 34:0 Stimmen (1 Enthaltung) und Beschlussziffer 5 mit 34:0 Stimmen (1 Enthaltung) bei Tagesordnungspunkt 13.

Der Antrag der FE-Fraktion wird mit 26:6 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird mit 17:15 Stimmen (3 Enthaltungen) abgelehnt.

Der Antrag der Freien Wähler wird mit 21:9 Stimmen (5 Enthaltungen) abgelehnt.

Der Antrag der FDP wird mit 18:15 Stimmen (2 Enthaltungen) abgelehnt.

Ohne weitere Aussprache wird Tagesordnungspunkt 14 mit 19:14 Stimmen (2 Enthaltungen) beschlossen.

- - -